

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaktion und Expedition:
Berlin,
Gitschinerstr. 17.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich: und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 16 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Postämtern in Preußen 16 Sgr., bei den außerpreussischen Postämtern in Deutschland gleichfalls 16 Sgr., (56 Kreuzer südd. Währung).

Bestellungen werden anwärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem soliden Expediteur entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpenniger Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien, Amerika, China und Japan Mr. A. Dunning 8 Little-Newport-Street, Leicester-Square. W. C. London.

Mit dem 1. Januar wird ein neues Vierteljahrsabonnement auf den „Social-Demokrat“ beginnen. Wir ersuchen diejenigen, welche abonniren wollen, dies sofort zu thun. Nur diejenigen, welche einige Zeit vor Beginn des neuen Quartals abonniren, können mit Sicherheit darauf zählen, daß keine Unterbrechung oder Unregelmäßigkeit in der Zustellung des Blattes eintritt.

Die Bestellungen werden anwärts bei den Postämtern, in Berlin bei der Expedition, Gitschinerstr. 17, und bei allen soliden Zeitungs-Expeditoren gemacht. (Preis vierteljährlich 16 Sgr.)

Diejenigen, welche im kommenden Quartal das Blatt per Kreuzband (Preis im nicht-österreichischen Deutschland 1 Thlr., im österr. Deutschland 2 Gulden) beziehen wollen, haben den Betrag unbedingt vor dem 1. Januar einzusenden.

Die bewährte Thatkraft unserer Partei muß sich auch darin zeigen, daß die allgemeine Verbreitung des Parteiorgans durch alle Gauen Deutschlands durchgeführt wird. So weit deutsche Zunge klingt, muß der „Social-Demokrat“ in allen Arbeiterhänden sein. Wir glauben von den Parteigenossen erwarten zu dürfen, daß sie mit äußerster Thatkraft für die Verbreitung des Blattes wirken werden.

Politischer Theil.

Berlin, 21. December.

H. Rochefort's „Marsseillaise“ ist jetzt in Paris erschienen. An der Spitze bringt diese Zeitung unter der Aufschrift Pariser Chronik einen Artikel ihres Chefredakteurs, in welchem er ihren Standpunkt feststellt. Hr. Rochefort beginnt damit, daß für eine neue Situation natürlich neue Blätter erforderlich seien. Die „Marsseillaise“ sei daher nicht dazu bestimmt, diejenigen zu verstärken, die bereits existiren, sondern sie werde versuchen, diejenigen zu erregen, die dabei beschäftigt seien, ihren Geist anzugeben. Er weist sardonisch auf die Coalition der gesammelten Presse (mit einziger Ausnahme der „Reform“) gegen seine Wahl hin und meint, wenn es derselben nicht einmal gelungen sei, dieselbe zu hindern, so sei daraus der Schluß zu ziehen, daß entweder die Blätter wenig gelesen werden, oder daß sie nur sehr geringen Einfluß ausüben. Der Zweck der „Marsseillaise“ ist nun, dem Volk, welches bisher nur die Andern hätte für sich denken lassen, die Gelegenheit zu geben, zu zeigen, daß es selbst denkt. Wir werden, sagt Herr Rochefort, die politischen und socialen Wunden aufdecken und mit dem Beste die Mittel dagegen suchen. Neben den Tolleiten der Tuilleries werden wir das Elend der Vorstädte beschreiben. Man soll ersehen, wofür ein Souverän und wofür ein armer Arbeiterknecht freispricht. Wir werden die beiden Arten von Klassen vergleichen, aus welchen der eine und der andere schöpft. Und wenn sich unter unsern Lesern Männer oder sogar Frauen befinden, welche bisher bei der Idee der tiefen Reformen, welche die moderne Gesellschaft erheischt, erschrocken gewesen sind, so hoffen wir binnen Kurzem, aus ihnen ohne ihr Zutun Socialisten zu machen. — Rochefort wird vielleicht diese Erklärung für ein socialistisches Programm halten, trotzdem sie nur eine allgemeine Redensart ist; er wird sich aber bitter täuschen, wenn er dadurch wirklich seiner Agitation einen socialistischen Kern zu geben gedenkt. So entschieden Rochefort auch gegen das Kaiserthum vorgeht, so populär er auch ist, es wird doch sein Streben beim Mangel eines bestimmten socialistischen Programms ohne nachhaltigen Einfluß sein. Man vergleiche mit dem obigen Programm der „Marsseillaise“ z. B. nur das Programm der „Reform“ der zu Anfang der

vierziger Jahre in Paris erscheinenden social-demokratischen Zeitung. Es lautet:

„Während auf der einen Seite alle politischen Freiheiten eine nach der andern zu Grunde gehen, erhebt sich auf der andern die sociale Frage und breitet sich aus über die Regierung, den Staat und die ganze Gesellschaft.“

Die Grundfrage, nach denen wir in dieser Frage von immer steigender Bedeutung haben werden, sind:

„Alle Menschen sind Brüder. Wo die Gleichheit nicht existirt, ist die Freiheit eine Lüge. Allerdings kann die Gleichheit nicht bestehen ohne Ungleichheit der Fähigkeiten, aber größere Fähigkeiten dürfen nicht größere Rechte verleihen; sie legen nur größere Pflichten auf. Dies ist das Princip der Gleichheit; seine notwendige Form ist die Association. Der Endzweck der Association ist zur Befriedigung der intellectuellen, moralischen und materiellen Bedürfnisse Aller zu gelangen durch Anwendung ihrer verschiedenen Fähigkeiten und durch Vereinigung ihrer Anstrengungen.“

„Die Arbeiter sind Sklaven gewesen, sie sind es nicht mehr; sie sind jetzt Lohnarbeiter; man muß darnach trachten, sie in den Stand der Associés zu erheben.“

„Dies Resultat kann nicht anders erreicht werden, als durch die Verwirklichung einer demokratischen Regierung. Eine demokratische Regierung ist eine solche, die die Volkssouveränität zum Princip, allgemeines Stimmrecht zu ihrem Ursprunge, zu ihrer Aufgabe die Verwirklichung der Freiheit, Egalité et Fraternité (Gleichheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) hat.“

„Die Regenten in einer richtig construirten Demokratie sind nur Mandatäre des Volkes; sie müssen also verantwortlich und abberufbar sein. Die öffentlichen Functionen sind keine Auszeichnungen und dürfen keine Vorrechte sein; sie sind Pflichten. Da alle Staatsbürger ein gleiches Recht haben, an der Ernennung der Volksmandatäre und an der Bildung des Gesetzgebenden Theils zu nehmen, so muß jede öffentliche Function honorirt werden, damit diese Rechtsgleichheit nicht illusorisch werde.“

„Das Gesetz ist der Wille des Volkes, formulirt durch seine Mandatäre. Alle müssen dem Gesetze gehorchen, aber Alle haben ein Recht, es öffentlich zu beurtheilen, damit man es ändern, wenn es schlecht ist.“

„Die Freiheit der Presse muß aufrecht erhalten und geschützt werden, als Garantie gegen mögliche Irrthümer der Majorität und als notwendiges Werkzeug des Fortschritts für den menschlichen Geist.“

„Die Erziehung der Staatsbürger muß gemeinschaftlich und unentgeltlich geschehen. Der Staat hat dafür zu sorgen. Jeder Bürger muß die militärische Erziehung durchmachen. Keiner kann sich mit Geld loskaufen, von der Pflicht, das Vaterland zu verteidigen.“

„Der Staat muß die Initiative ergreifen in industriellen Reformen, welche geeignet sind, eine solche Delegation der Arbeit, wodurch der Arbeiter zu dem Stande der Associés erhoben wird, herbeizuführen. Der Arbeiter hat denselben Anspruch auf Erkenntlichkeit des Staats, wie der Soldat. Dem Löhningen und gesunden Bürger schadet der Staat Arbeit, dem alten und schwachen Hülfe und Schutz.“

So das Programm der „Reform“. Man ersieht daraus, wie streng socialistisch die damalige Socialdemokratie Frankreichs vorging. Ihr Programm unterscheidet sich nur gering von dem unsern. — Nur ist die Forderung des unbestimmten „Rechts auf Arbeit“, deren Unbestimmtheit 1848 zur Gründung der berüchtigten Nationalwerkstätten Veranlassung geben konnte, durch die bestimmtere Forderung der Begründung von Productiv-Associations durch Staatshilfe ersetzt worden. Wenn die jetzigen französischen Demokraten den Socialismus auf ihre Fahne schreiben wollen, so sollten sie zum Mindesten nicht hinter ihren Vorgängern zurückbleiben.

Rundschau.

Berlin, 21. December.

Die Ministercrisis in Oesterreich kommt demnächst zur Entscheidung. Von angeblich gut unterrichteter Seite wird uns Wien folgendes mitgetheilt: Die Majorität des Cabinets ließ nach der Ankunft des Kaisers aus Wien ein Memoire durch den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe überreichen. Die Minorität des Cabinets (Taaffe, Potocki, Berger) erneuerte aus diesem Anlaß ihr Entlassungsgesuch. Die Entschädigung des Kaisers ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Im Herrenhause hat der Ministerpräsident Graf Taaffe die Interpellation wegen der Arbeiterversammlung vom 13. d. M. beantwortet, er erklärte: „Die Be-

herde war in Kenntniß von einer für den 13. d. M. beabsichtigten größeren Ansammlung von Arbeitern. Sie hat auch die nöthigen Vorkehrungen getroffen, um jede Störung der öffentlichen Ordnung und des ungehinderten Verkehrs fernzuhalten, um etwaigen, übrigens thatsächlich nicht vorgekommenen Ausschreitungen in dieser Richtung mit vollster Entschiedenheit und eventuell mit sicherem Erfolge zu begegnen. Allein es mußte der Regierung daran gelegen sein, der „Weihe des Tages“, an welchem der Kaiser in eigener Person den Reichsrath feierlich zu eröffnen geruhete, nicht durch einen bei gewaltsamem Einschreiten gegenüber einer ungesammelten größeren Menschenmasse kaum vermeidlichen ersten und folgenschweren Konflikt Eintrag zu thun. Die Behörden haben übrigens Weisung erhalten, eine ähnliche Ansammlung, deren Charakter und Zweck während ihrer Dauer offen hervorgetreten ist, in keinem Falle zu dulden, sondern jedenfalls zu verhindern. Auf die von einer Arbeiter-Deputation überreichte Adresse hat die Regierung als solche keine Antwort ertheilt. Da, dem sie überreicht wurde, habe ich darauf beschränkt, der Deputation das Unangenehme des Vorganges vorzubehalten, und die Petition, die übrigens schon ihrer Form nach zu einer Verantwortung seitens der Regierung nicht geeignet ist, dem Ministerrath zur Kenntniß zu bringen. Die materiellen Verhältnisse der Arbeiter aber hat die Regierung bereits früher seit längerer Zeit zum Gegenstande sorgfältiger und eingehender Erwägung gemacht. Deren theilweises Ergebniss in den dem Reichsrath bereits übergebenen und theilweise vorbereiteten legislativen Vorlagen ihren Ausdruck findet.“ — Diese Erklärung des Ministers ist offenbar sehr auf Schrauben gestellt. Die „Weihe des Tages“ soll es gewesen sein, die eine Versprengung verhindert hat! Wir glauben eher, daß es die entschlossene Haltung der Arbeiter gewesen ist und die gegenseitige Furcht beider Parteien im Ministerrath, durch einen hervorgerufenen Conflict ihren Sturz herbeizuführen. Bemerkenswerth ist aber, daß der Minister Taaffe für die Zukunft gleichwohl Gewaltmaßregeln in Aussicht nimmt. Auch der Minister Giskra hat wieder einen Beweis von seinen absonderlichen liberalen Anschauungen gegeben: Einen Einblick in die Verwaltungs-Anschauungen und die gegenwärtige Stimmung desselben geben seine Aeußerungen bei dem Empfang einer Deputation des Vereins „Gewissensfreiheit“ am 17. Veranlassung zur Abfertigung der Deputation gab ein an das Präsidium des Vereins gelangter Statthalterei-Erlaß, mit welchem dem Verein das Recht abgesprochen wird, Volkerversammlungen einzubringen. Die Statthalterei geht von der Ansicht aus, daß die statutenmäßige Bestimmung, „Einberufung von öffentlichen Versammlungen“, sich nicht auf Volkerversammlungen beziehen könne, weil es sonst ausdrücklich heißen müßte: „Volkerversammlungen“. Herr Leitner, als Sprecher der Deputation, machte hiergegen Minister Giskra gegenüber geltend, daß die citirte statutarische Bestimmung sich nur auf Volkerversammlungen beziehen könne, da ja ohnedies nach § 13. des Vereinsgesetzes jedem Verein das Recht zusteht, seine Versammlungen öffentlich zu halten, und es mithin nicht erst einer statutarischen Bestimmung und einer speziellen behördlichen Genehmigung bedürfe. Hr. Leitner benutzte diesen Anlaß, um den Minister auf das Bedürfnis einer Aenderung des Vereinsgesetzes im liberalen Sinne aufmerksam zu machen, und betonte, daß die mystische Fassung mancher Paragraphen des Vereins- und Versammlungsgesetzes so vielerlei Auslegungen zulassen, daß die Vereine in der Auslegung ihrer Rechte größtentheils von der subjectiven Auffassung der verschiedenen Unterbehörden und ihrer Organe abhängen. Der Minister hörte diese Ausführung ruhig an, trat aber der letzteren Ansicht damit entgegen, daß er behauptete, die Gesetze ließen den Vereinen ohnedies freie Bewegung genug, und die betreffenden Behörden entschieden in zweifelhaftem Falle stets im liberalen Sinne, ein Beweis hierfür sei, daß sämtliche Vereine prosperiren. Dr.

Giskra entgegnete ferner, daß an eine Aenderung verlässlich nicht zu denken sei, daß die Regierung durchaus keine Veranlassung finde, Reichsrath eine diesbezügliche Gesetvorlage zu machen. Man könne nicht alle zwei Jahre die Gesetze ändern, das Volk müßte sich erst in die bestehenden Gesetze hineinleben, und erst dann, wenn sich das Bedürfnis herausstelle, könne an eine Aenderung gegangen werden. Nennen Sie mir nur ein Land in Europa, welches ein freieres Vereinsgesetz hätte wie Oesterreich? Leitner: Die Schweiz. Giskra: Ja, schweizerische Verhältnisse passen nicht auf die österreichische Monarchie — und hiermit entließ der Minister die Deputation. Der Minister behauptet: „Die Gesetze lassen den Vereinen freie Bewegung genug,“ und dabei werden alle social-demokratischen Vereine direkt unterdrückt. Wahrlich eine schöne „Freiheit!“

Die Verhältnisse Irlands werden mit jedem Jahre drohender. Daß die socialen Verhältnisse des unglücklichen Landes zu einer revolutionären Explosion drängen, tritt deutlich zu Tage. Nichtsdestoweniger werden die begründeten Klagen des irischen Volks auch gegenwärtig fast gänzlich festgeschwiegen. Wir geben daher im Nachstehenden eine dem Werk von Karl Marx „Das Capital“ entnommene Schilderung der Verhältnisse des irischen Landproletariats, welche den tröstlichen socialen Zustand Irlands in bestem Lichte erscheinen läßt, wieder. Marx schreibt:

Die Pongewohnheit erslag 1846 in Irland über eine Menschenmasse, aber nur arm: Teufel, ohne den geringsten Abbruch am Reichthum des Landes. Der nachfolgende zwanzigjährige und sich noch andauernde Erdbau, mit dem Menschen zugleich ihre Produktionsmittel. Das irische Genie erfand eine ganz neue Methode, ein armes Volk Tausende von Meilen vom Schatz zu führen, dieses Genie auszuwandern. Die in die Vereinigten Staaten übergesiedelten Auswanderer schufen jährlich Gehältern noch dazu, die Reichtümer der Zuckerplantagen. Jeder Trupp, der dieses Jahr auswandert, zieht nächstes Jahr einen andern Trupp nach. Statt Irland zu kosten, bildet die Auswanderung zu einem der eintrefflichsten Zwänge seines Exportgeschäftes. Gänzlich ist dieses ein systematischer Prozeß, der nicht etwa ein vorübergehendes Loch in die Volksmasse bohrt, sondern jährlich mehr Menschen aus ihr aufnimmt als der Nachwuchs ersetzt. So daß das absolute Bevölkerungsmoos von Jahr zu Jahr sinkt.

Welche waren die Folgen für die zurückbleibende von der „Surpluspopulation“ des irischen Arbeiterbevölkerung Irlands? Daß die relative Ueberbevölkerung heute so groß ist wie vor 1846, daß der Arbeitslohn eben so niedrig steht und die Arbeitspladerei zugenommen hat, daß die Arbeiter auf dem Land wieder zu einer neuen Reise drängt. Die Ursachen sind einfach. Die Revolution in der Agrikultur hielt Schritt mit der Emigration. Die Produktion der realen Ueberbevölkerung hielt mehr als Schritt mit der absoluten Entvölkerung. Ein Blick auf Tabellen zeigt, wie die Bevölkerung von Ackerbau in Irland in Irland noch später wirken muß als in England. Hier wächst mit der Rückkehr der Bau von Grundbesitz, dort nimmt er ab. Während große Massen früher besessener Acker brachgelassen oder in permanenten Grasland verwandelt worden, wird ein großer Theil des früher unbenutzten müßigen Landes und Bog's zur Ausdehnung der Viehhaltung benutzt. Die kleineren und mittleren Pächter — ich rechne dazu alle, die nicht über 100 Acres bebauen — haben immer noch ungefähr 1/10 des irischen Bodens inne. Sie werden progressiv in ganz anderem Grad als zuvor von der Concentration des capitalistisch betriebenen Ackerbaus erdrückt und verlieren daher der eigentlichen Arbeiterklasse beständig neue Rekruten. Die einzige große Industrie Irlands, die Leinwandweberei, braucht verhältnismäßig wenig erwachsene männliche Arbeiter und beschäftigt überhaupt, trotz ihrer Expansion seit der Vertheuerung der Baumwolle, nur einen verhältnismäßig unbedeutenden Theil der Arbeitermasse. Gleich jeder andern großen Industrie producirt sie durch die beständigen Schwankungen in ihrer eignen Spinnerei beständig eine relative Ueberbevölkerung, selbst bei absolutem Wachsthum der von ihr absorbirten Arbeiterzahl. Die Weire des Landvolks bildet das Viehdahl riesenhafter Hundensabellen u. s. w., deren Arbeiterarmee zum größten Theil auf das flache Land verstreut ist. Wir finden hier das früher geschilderte System der Hausarbeit wieder, welches in Unterzahlung

1) Auswanderung.
2) Die überzähligen beschäftigungslosen Arbeiter.
3) Ausdehnung.

Wartet nur Ihre Literaten, wir „Wanderprediger“ werden Euch mit Keulenschlägen schon niederhauen! Nur so vorwärts und wir sind bald am Ziele trotz solcher Propheten. Keinen Dank allen Fremden der drei Orte für ihre liebevolle Aufnahme und opferwillige Bestätigung der Reiseflohen. Das zeigt regen Geist für die Sache. Mit Gruß
H. S. Lieblich.

Hildesheim, 18. Dec. (Versammlungen.)
Nachdem die Störungen in unserer Partei, insbesondere die von Dr. Kirchner auf's eifrigste betriebenen Beschimpfungen und Verhöhnungen des Herrn Dr. v. Schweiger unsere Mitglieder geprengt hatte, trat an die Stelle der regen Agitation eine bedrückte Thätlosigkeit, welche erst in letzter Zeit durch zwei Volksversammlungen gehoben wurde. Die erste Versammlung fand am 28. November statt, und war von Dr. Kirchner's Anhängern eintreffend. Sie wurde, entgegen früheren Versammlungen, so geheim gehalten, daß wir erst am 27. Abends Kenntnis davon erhielten. Um dem Treiben der sogenannten „Christlichen“ das Feld nicht allein zu überlassen, erbat wir telegraphisch von Hamburg und Hannover Redner. In unserer Freude kamen auch die Herren Hornhardt und Rudolph aus Hannover. — Die Versammlung wurde von Dr. Kirchner eröffnet und war von etwa 200 Personen besucht, unter denen man eine ziemliche Anzahl Gesinnung, Schüler Kirchner's, bemerkte, von denen in früheren Versammlungen keine Spur wahrgenommen wurde. Wir sollten bald den Zweck ihrer Anwesenheit erfahren. Zum Vorsitzenden wurden Dr. Kirchner und Pösch vorgeschlagen, und bei der Abstimmung ergab sich Gleichheit der Stimmen. Kirchner erklärte jedoch, die Majorität sei für ihn. Herr Hornhardt, sowie viele der Anwesenden protestierten dagegen und verlangten, daß die Stimmen geteilt würden. Jetzt erstand ein wahrer Höllemlärm, wobei sich die Geismüthen ganz besonders auszeichneten durch Schreien, obere rüchiger Gelächter; jetzt war uns der Zweck ihrer Anwesenheit klar. Bei nochmaliger Abstimmung erhoben die Geismüthen beide Hände, und die Majorität wurde für Dr. Kirchner proklamiert. Selbiger erannte dann zum zweiten Vorsitzenden einen Gleichgesinnten, welcher den Geismüthen hernach regelmäßig Signale gab. Während Dr. Kirchner sprach, rief er „Bravo“ und klatschte in die Hände, worauf das ganze Chor einstimmte. Sprach ein Redner von unserer Seite, so rief der Vorsitzende: „Oho!“ „Es ist nicht wahr!“ u. s. f., und ebenfalls stimmten die Geismüthen mit ein. Bei der jetzt folgenden Verhandlung sprach Dr. Kirchner für das Statut der Lieblich'schen Vereine. Herr Hornhardt widerlegte ihn und verteidigte die Organisation des Allg. deutsch. Arb.-Vereins. Da Dr. Kirchner zuvor Lassalle's Lehre und Princip anerkannt hatte, wußte er sich nicht anders zu helfen, als zu erklären: Der Lassalle'sche Allg. deutsch. Arb.-Verein bräuhete gar nicht mehr, es gäbe nur einen Schweiger'schen Verein, und dann ging er zum Schimpfen und Beschimpfen des Dr. v. Schweiger an, das alle rechtlich denkende Arbeiter mit Absicht gegen Kirchner erfüllte. Die Herren Rudolph und Hornhardt antworteten, und es entstand eine hitzige Debatte, in der Herr Delacort die ehrbare Person des Herrn Dr. Kirchner charakterisierte und dessen Treiben unter großem Beifall der Versammlung beleuchtete. Dr. Kirchner verweigerte sich immer mehr und zu wiederholten Malen erklärte er: er habe das Gesprochene nicht so gemeint! Dann bringt er, ohne die Redner unserer Seite, die sich zum Worte gemeldet, sprechen zu lassen, den Antrag des Herrn Hornhardt zur Abstimmung, wonach die Versammlung sich für den Allg. deutsch. Arb.-Verein ausspricht. Eine sehr große Anzahl erhebt für den Antrag die Hände. Dr. Kirchner sieht sich besiegt und schreit: „Es gilt den von Schweiger gegründeten Verein!“ dann läßt er Gegenproben machen, die er, obwohl die Minorität stimmt, für Majorität erklärt. Euergeist wird nochmalige Abstimmung verlangt, was auch geschieht. Dr. Kirchner bleibt wieder in der Minorität, trotzdem viele der Geismüthen beide Hände hoben. Gleichwohl erhebt Kirchner wieder einige Stimmen für sich mehr heraus, widerlich „Es gilt von allen Seiten und die Versammlung ist für von (sch) an. Mancher Arbeiter, der für Dr. Kirchner gewesen, nahm eine andere Meinung nach Hause. — Noch am selben Abende wurde bestimmt, daß in 14 Tagen eine zweite Versammlung von uns einberufen werden sollte. Schon am 9. d. Mts. wurde die auf den 12. dts. anberaumte Versammlung anberaumt. Sie war auch so stark besucht, wie noch keine Versammlung zuvor. Als Redner für uns waren erschienen die Herren Richter aus Wobbebeck und Hornhardt aus Hannover; auch die Gegenpartei hatte sich durch die Herren Reichelt aus Hannover und Ehlers und Luber aus Braunschweig verstärkt. Auf der Tagesordnung stand Princip und Organisation des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, sowie die Vorgänge der letzten Volksversammlung. Zum Vorsitzenden wurde Herr Pösch mit großer Majorität gewählt, trotz abermaligen Hochgebens beider Hände seitens der Schüler Kirchner's, welche diesmal ohne die beiden Rührer erschienen waren, um weniger lehrhaft zu sein. Herr Richter behandelte in klarer, jedem Arbeiter verständlicher Rede die Lage der arbeitenden Klassen, sowie Lassalle's Princip und sein Werk, den Allg. deutsch. Arb.-Verein; er forderte dann auf, sich den kämpfenden Vätern anzuschließen. Nach ihm erhielten die Herren Ehlers und Reichelt das Wort. Anstatt aber Herrn Richter zu widerlegen und unsere Organisation zu bekämpfen, ergingen sie sich in den gemeinsten Schimpfereien und Beschimpfungen gegen Dr. v. Schweiger. Die Herren Richter und Hornhardt widerlegten; die Herren Rantz und Wigleb von hier verurteilten der Gegner gemeine Kampfart, und forderten sie auf, keine Personen zu beschimpfen, sondern die Wege, auf welchen dem Arbeiter zu helfen sei, klar zu legen, beschimpfen jene. Da die Herren sahen, daß die ganze Versammlung gegen sie auftrat, mit Ausnahme einiger weniger Anhänger Dr. Kirchner's und der Geismüthen, erklärte Herr Ehlers selbst, daß er unterlegen sei; auch Dr. Kirchner erklärte, daß er das vorige Mal zu weit gegangen sei und gesteht habe. Darauf brachte Herr Hornhardt folgenden Antrag ein: „Zur Erwägung, daß Herr Dr. Kirchner sich für schuldig bekannt, läßt die Versammlung den zweiten Teil der Tagesordnung ausfallen.“ Dies wurde angenommen. Es erfolgte die Aufforderung zum Einzelnem, dem auch Folge gegeben wurde. Zugleich hatten wir noch die Gemüthung, die öffentliche Meinung günstig für uns zu haben. Ist nur erst die große Masse wieder angegriffen, so daß sie sich an den Versammlungen beteiligt, dann wird auch unsere Zahl wieder stark wachsen. Den Herren Rudolph, Hornhardt und Richter setzen wir unsern warmsten Dank. Mit socialdemokratischem Gruß und Handschlag
Carl Pösch, C. Wigleb, C. Ehlers.

Augsburg, 17. Dec. (Erdbeben.)

müthlichkeit.) Der österreichische Staatsliberalismus scheint ansehend bei uns zu wirken; zum mindesten scheint man sich in Bayern alle mögliche Mühe geben zu wollen, um hinter dem von Seite des österreichischen Bürgerministeriums gegen die Arbeiter bewiesenen Liberalismus nicht zurückzugehen. Kaum sind drei Wochen verstrichen, seit unser Parteigenosse Samleitzer wegen Aufregung zu Hof und Berachtung verurtheilt wurde und schon wieder nimmt man einen Anlauf, um die verhassten Socialdemokraten beim Kraxen zu packen. Diesmal scheint man es auf ein förmliches Restantnehmen abgesehen zu haben, um gleichsam ein Exemplar zu statuieren. Nicht weniger als 27 Parteigenossen, darunter 14 von Augsburg und 13 von Kempten, werden am 29. und 30. Dec. im Bezirksgerichte Augsburg auf der Anklagebank sitzen, um sich vor 21 Zeugen über ihre strechthafte Treiben zu verantworten. Wir geben hier, ohne Zutun — solchen vielmehr den Lesern überlassend — die Reihenfolge der Anklagen aus dem umfassenden lithographierten Protocoll in möglicher Kürze. Angeklagt sind: 1) Leonhard Tauscher und Erben (Angeklagter Bildung eines angeblichen Zweigvereins dahier); 2) Leonhard Tauscher und 13 Kemptener Mitglieder wegen einer vor 3000 Personen, einer Volksversammlung, begangenen Beleidigung der bayerischen Staatsregierung; 3) Leonhard Tauscher wegen einer vor 120 Personen, einer Mitgliederversammlung, begangenen Beleidigung der bayerischen Staatsregierung; 4) Leonhard Tauscher wegen einer vor 300 Personen begangenen Beleidigung der bewaffneten Macht; 5) Leonhard Tauscher wegen Uebertretung des Gewerbegesetzes, begangen durch eine gegen den Fabrikanten Kraus eingebrachte Resolution; 6) Leonhard Tauscher wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes durch Unterlassung einer Versammlungsanzeige in Hannoverschen; 7) Georg Stollberg wegen Uebertretung in Bezug auf unerlaubte Sammlungen für die Strikenden in Bielefeld; 8) Jakob Eudrey wegen Uebertretung des Art. 20 bzw. 10 des Vereinsgesetzes. Wir bemerken hier noch, daß nach dem Protocoll die meisten der Angeklagten dringend verurtheilt werden sollen, die betreffenden Vergehen begangen zu haben. Wir sind begierig, zu erfahren, ob es in Augsburg Richter giebt, wie feinerlich in Berlin. Eine Besserung der Angeklagten wird wohl durch eine Verurtheilung schwerlich erzielt werden, und noch weniger werden sich die hündischen Arbeiter dadurch abschrecken lassen. Die ganze Geschichte ist dazu angethan, die Masse aus dem Schlafe zu rütteln und aus neue Kämpfer zu zuzüchten. Es lebe die Socialdemokratie!

Neumünster, 19. Dec. (Neue Ausbreitung.)
Am 12. d. M. war eine Volksversammlung in dem zwei Stunden von hier liegenden Kirchdorf Gr. Kasse. Sonnabend Abends war Versammlung in Neumünster; auf der Tagesordnung stand das Verhältnis des Socialismus und Communismus. Referent war Herr Hartmann aus Hamburg. Derselbe erzielte großen Beifall. Sonntag Mittag um 1 Uhr gieng nach Gr. Kasse, Herr Hartmann mit; ungefähr 100 Parteigenossen aus Neumünster hatten sich dort eingefunden um 4 Uhr wurde die Versammlung eröffnet, auf der Tagesordnung stand: die sociale Frage. Herr Hartmann hielt wieder einen Vortrag, worin er das Streben des von Herr Lassalle gegründeten Allg. deutsch. Arb.-Vereins auseinandersetzte. Wie er auf den Punkt der strehenden Partei und ihre Abschaffung und Erziehung freien Volksherecs verlangte, wies er unter andern auf die Begebenheiten in Belgien hin, wo das strehende Heer den Arbeitern mit Pulver und Blei den Hunger gestülte hat, ebenso auf das enorme Militärbudget, das größtentheils durch indirekte Steuern aufgebracht werde und so die Arbeiter schwer belaste, während die strehenden Heere selbst für uns unnütz wären. Mit einmal kam der überwachende Gensdarm, der sich schon mehrmals verhört hatte, aus der Ecke hervor und rief: „Reine Heere, die Versammlung ist aufgelöst.“ Ich als Vorsitzender bemerkte, daß kein Grund zur Auflösung vorliege. Da erklärte er: der Redner habe „die unnützhühenden Heere“ gesagt; er rufe die Versammlung als Zeuge an. Vielleicht dachte er, die Bauern sollten mit dem Beispietel aus zum Dorf hinaus bringen, doch statt dessen rief die ganze Versammlung wie aus einem Munde: das ist nicht wahr. Aber selbst wenn dies Wort gefallen wäre, so wäre es doch nicht der geringste Grund zur Auflösung. Ihr Brüder, die Ihr mit Leben und Blut dafür eintrachtet, um Schleswig-Holstein von der Fremdherrschaft zu befreien, nachdem mancher deutsche Brender und Krieger sein Blut für die Befreiung der deutschen Stämme hat fließen lassen, und wir die Freiheit zu erlangen bestreben, müssen wir jetzt sehen, wie das wichtigste Volkrecht, das Versammlungsrecht, gestört wird, um eines Wortes willen, das man in allen öffentlichen Mätkern lesen kann. Der ausgesprochenen Aufregung gegenüber ließ sich nicht weiter machen, wir verließen die Versammlung und gingen nach einer Wirthschaft, wo wir einen jähigen socialdemokratischen Baum pflanzten mit zahlreichen Zweigen, der bald Blüthen zeigen wird. Mit socialdemokratischem Gruß
D. D. Plambeck.

Trenen, 13. Dec. (Arbeiterversammlung.)
Gestern Nachmittags 3 Uhr fand hier wiederum eine öffentliche Arbeiterversammlung statt, welche von vierhundert fünfzig Personen besucht war. Referent war Emil Richter, welcher mit großer Begeisterung die Klagen unter dem Arbeiterstande verbreitete. Am Schluß seiner fast zweistündigen Rede, trat eine Anzahl Arbeiter dem Allg. deutsch. Arb.-Verein bei. Nach einer Pause meldeten sich Gegner, welche der Sozialpartei angehörten. Sie wurden aber von unserm Emil Richter detart heimgeleuchtet, daß das Bravo kein Ende nehmen wollte. Der vierte Gegner sagte nicht weiter als: er wisse schon im Voraus, daß er unterliegen müsse. Und der Letzte fand es für das gerathenste, gar nicht aufzutreten. So endete die Debatte mit vollständigen Siege unserer Partei. Ein dreimaliges Hoch auf unsern Meister H. Lassalle und unsern Führer Dr. v. Schweiger war das Letzte. Die Unterzeichneten sprechen unserm Freund und Bekannungsgegenossen Emil Richter im Namen der ganzen Mitgliedschaft unsern aufrichtigen Dank für sein kräftiges Vorgehen aus. Möge er uns fernertun unterstützen; untre Mitgliedschaft wird an Stärke und fester Gesinnung zunehmen und ausstehen, bis die goldene Morgenröthe dem Arbeiterstande aufsteht. Mit Lassalleaner-Gruß
E. Aug. Kanaacher, Bevoollm.
Ludwig Oberlein, Schriftführer.

Buckau, 25. Nov. (Versammlung. Neue Ausbreitung.) Freitag den 12. Nov. haben wir hier den Vereinspräsidenten in unserer Mitte. Bei seinem Erscheinen in der Versammlung wurde derselbe von den zahlreich versammelten Mitgliedern der Gewerkschaft

aus Buckau, Magdeburg, Otterleben und Neuhald mit einem dreifachen donnernden Hoch empfangen. Nachdem die Versammlung von Herrn Bolle eröffnet war, hielt Dr. v. Schweiger einen Vortrag über unsere Vereins-Organisation, Zweck und Ziele des Allg. deutsch. Arb.-Vereins und der Gewerkschaften. Die Versammlung zeigte während des Vortrags die gespannteste Aufmerksamkeit, nur bisweilen von enthusiastischem Beifall unterbrochen. Nach Schluß seines Vortrages forderte der Präsident dringend auf, ihn über alle in Frage stehenden Punkte zu interpellieren, ob wissenschaftlicher, ob politischer Natur. Es interpellirten hierauf Unterzeichneter, Kneiß, Karls aus Otterleben, Kolbe, Käber, Drehmel und Dammartin über sämtliche von den „Christlichen“ hier ausgesprochenen Beschimpfungen, welche dann der Präsident jede einzelne zur größten Befriedigung der Versammlung widerlegte. Wir haben die Uebereinstimmung gewonnen, daß diese persönliche Rechtfertigung wirksamer und richtiger gewesen ist, als wenn auf Wunsch der Gegner eine Zeitungs polemik hervorgerufen wäre. Die Referenten mußten einmüthig die Berichtigung preisgegeben werden. Nach Erledigung aller Interpellationen wurde ein Antrag gestellt, dem Präsidenten Dr. v. Schweiger ein Vertrauensvotum zu ertheilen, welches von der Versammlung einstimmig gefaßt. Hieraus hielt der Präsident noch eine eindringliche zum Herzen sprechende Rede, in der er den Arbeitern dringend ans Herz legte, sich zu einigen und sich nicht hintereinander liegen zu lassen, was sie am besten dadurch beweisen könnten, wenn sie dem Allg. deutsch. Arb.-Verein beiträten. Die Versammlung stimmte dem zu. Es wurde mit einem aufrichtigen dreimaligen Hoch auf Dr. v. Schweiger, welches derselbe mit einem Hoch auf die Arbeiterpartei erwiderte, die Versammlung geschlossen und dann erfolgten massenhafte Einzelnungen in den Allg. deutsch. Arb.-Verein, während zugleich Viele den Gewerkschaften beiträten. Mit Gruß
Wih. Böttge, Heinz. Bolle.

Die Anhänger der Gräfin Dabfeldt haben sich wieder vom Verein getrennt und einen besonderen Verein gebildet, der zu Ende dieses Monats seine erste Generalversammlung in Halle abhalten wird. Auf Streitigkeiten mit jenem Verein werden wir uns in keiner Weise einlassen.

Wissensdünkeln vorzubringen, bemerken wir, daß eben nur die wenigen Anhänger der Gräfin Dabfeldt sich losgetrennt haben, während die ungeheurer Mehrzahl des früher zu Dresden domicilirt gewesenen Vereins am Vereinigungswort festhält, so daß letzteres durchaus nicht gefährdet ist. Dies unser erstes und letztes Wort in vorliegender Angelegenheit.

bedingte Plütslichkeit. Das Schema wie die Triaslassenbücher einzurichten sind, wird, da die Generalversammlung nach den vorliegenden Anträgen höchst wahrscheinlich wichtige Veränderungen treffen wird, erst Mitte Januar verhandelt werden. Die Einnahmeführer sind dann nach Vorchrift gleichmäßig einzurichten.
Georg Winter, am Heide Dittenen.

Cassel, 14. Dec. (Ankündigung.) Auf Antrag mehrerer hiesigen Mitglieder fand am 2. d. M. eine Mitgliederversammlung des Allg. deutsch. Cigarrenarbeiter-Vereins statt, einberufen durch den Bevollmächtigten Herwig. Es wurde von diesem die Frage gestellt, ob man noch länger beim Verein unter Fräyhke's Leitung verbleiben oder zur Allg. deutsch. Tabak- und Cigarrenarbeiter-Gewerkschaft übertreten solle. Hierüber entspann sich eine lebhaft Debatte. Herr Franke wanderte sich gegen das angeblich ungründliche Vorgehen der Hamburger Kollegen und deren Generalversammlung, sowie gegen den Hamburger Antrag in No. 140 des „Soz. Dem.“ und den beuglähenden Präsidialerlaß. Er vertheidigte dagegen Fräyhke und dessen Verein. Unterzeichneter widerlegte Franke und forderte zum Beitritt zur Gewerkschaft auf, G. Wilhelm hat dergleichen. Buhle sprach gegen den Erlaß. G. Wilhelm vertheidigte das Vorgehen des Präsidenten des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, und bemerkte, daß der Präsidial-Erlaß gerade das richtige Mittel sei, um die Spreu vom Weizen zu sondern. Buhle erklärte, man müsse einen Verein, welcher im Verband sei, angehören, da die Zusammengehörigkeit aller Arbeiter herbeigeführt werden müsse, um etwas für den Arbeiterstand Heilbringendes zu schaffen. Er empfiehlt dann den Beitritt zur Tabak- und Cigarrenarbeiter-Gewerkschaft. Franke spricht nochmals dagegen, Herwig und Wilhelm dafür, Buhle vertheidigt den Verbandpräsidenten in Bezug auf die Gewerkschaften, und bemerkt, ich hänge an keiner Person, nur die Sache ist mir heilig. Bei der Abstimmung erklärte sich die überwiegende Majorität für Anschluß an die Gewerkschaft und den Verband. Franke will die noch vorhandenen Kassengelder für den alten Verein erhalten wissen; Wilhelm schildert das Verhältnis mit den Acten der Association; es sei damit nur auf Schwindel abgesehen. Nach Erledigung früherer Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Am 4. Dec. war obermalige Versammlung. Auf die Frage, was mit den noch vorhandenen Kassengeldern vorgenommen werden solle, beschloß man, die Kasse unter den Mitgliedern zu vertheilen, und es wurde eine Commission, bestehend aus Unterzeichneter, Rau, Kerling und Schwedes, mit Bestellung der Bücher und Regelung der Sache betraut. 18 Mann erklärten sich sofort für Beitritt zur Gewerkschaft, und es wurde J. Herwig, Adresse: Untere Schiffergasse No. 30, zum Bevollmächtigten, und Unterzeichneter, Adresse: Untere Fuldagasse No. 6, zum Beitragskassier in Vorbehalt gemacht. Derselben sind auch schon bestätigt. Am 13. d. M. hatten wir eine öffentliche Cigarrenarbeiterversammlung, in welcher Herr B. Pflanzlich einen Vortrag über den Nutzen der Gewerkschaften hielt. Dieser Vortrag, welcher wohl eine Stunde dauerte, hat alle Anwesenden begeistert und großen Beifall hervorgerufen. Es wurde Herr Pflanzlich durch Aufstehen der Anwesenden ihr Dank gezollt. Buhle und Kerling sprachen dort nochmals gegen das Vorgehen der Hamburger. Pflanzlich und Weber klärten jedoch die Sache vollständig auf und bewiesen, daß gerade die Hamburger correct gehandelt haben, indem die deutschen Cigarrenarbeiter in Cassel auf der Verbands-Generalversammlung dem Verband beigetreten waren, und die Hamburger diesem Beschluß treu geblieben sind, Fräyhke mit seinem Verein aber nicht. Darauf war eine geschlossene Mitgliederversammlung, in welcher einige Anträge zur nächsten Verbands-Generalversammlung einstimmig angenommen wurden: Der erste von G. Weber, dahin gehend, daß, um dem Verband die volle Kraft zu erhalten, sämtliche Gewerkschaften in ein großes Ganze verschmolzen werden, und unter ein Präsidium wechsl. Bestand, wie beim Allg. deutsch. Arb.-Verein, gestellt werden müssen. Der zweite ein Erniedrigung der Kassengelder betreffend. Ein dritter Antrag, wonach bei 12 unterer Sitzungen statt Gemeinregelle zu setzen sei: jeder Arbeitstische erhält höchstens vier Wochen Unterstützung u. s. w. Schließlich habe ich zu bemerken, daß wir hier bereits 40 Mitglieder der Gewerkschaft zählen und hoffen, daß bald wieder Zuwachs kommt. Mit vereinten Kräften müssen wir für das allgemeine Wohl wirken können, nur die nicht zum Verband Gehörigen bilden einen „Sonderbund.“ Deshalb sei ich auf Kollegen reich die Hand zum großen Vönderbunde. Es giebt kein schön's Zeichen, als wenn sich Brüder die Hände reichen! Mit socialdemokratischem Gruß.
Im Namen der hiesigen Mitglieder: G. D. Friggé.

N. Da es doch bei der Generalversammlung mit dem Präsidialerlaß in No. 140 des Soz. Dem. sein Bewenden haben und diese über den Erlaß entscheiden soll, ziehe ich hiermit meinen eingedachten Protest in Betreff dieser Angelegenheit wieder zurück.
G. D. Friggé.

Gewerkschaft der Bäcker, Müller, Pfefferkuchler und Conditoren.

Berlin, 12. Dec. (An die Mitglieder.) Da der Danziger Fechner bei den vielen ihm obliegenden Geschäften als Mitglied der Berliner Widergesellschenschaft nicht im Stande gewesen ist, den Anordnungen meinerseits, den Kassenericht an die Bevollmächtigten zu verschicken, nachzukommen, so habe ich im Präsidium den Antrag eingebracht, denselben seines Amtes zu entheben und dessen Stellvertreter Kortum, Adr.: Amalienstraße No. 9, vorn 2. Trepp., mit dem Amte zu betrauen. Der Antrag wurde angenommen und es wird deshalb sämtliche Geldsendungen von jetzt ab an Herrn Kortum zu senden. Da keine Ungehörigkeiten von Seiten des Danziger Fechner's begangen sind, sondern die Kasse eine Folge überhäufte Käufte ist, so glaube ich nicht nötig zu haben, erst Ange und Vertheidigung an sämtliche Bevollmächtigte zu senden, sondern es werden sämtliche Mitgliedschaften dieser Anordnung sofort zustimmen können. A. Reffel.

Berlin, den 12. Dec. (Versammlung.) Am Donnerstag den 2. Dec. fand hier die monatliche Versammlung der Mitgliedschaft statt. In derselben wurden hauptsächlich drei Punkte debattirt. 1: Der Artikel in No. 140 des „Soz. Dem.“ über den Meister-Verein. Derselbe wurde vom Unterzeichneter verlesen und alsdann die Debatte eröffnet. Sämtliche Redner sprachen sich gegen pöbliche Einführung der Kassen aus, da durch dieselben die Lage der Gesellen nur noch verschlechtert würde. Ein Antrag von Pfeiffer dahin gehend, eine allgemeine Widerversammlung von Meistern und Gesellen einzuberufen um die Maßnahme richtig zu bezeich-

